



Die
Bundesregierung

Deutschland **aktuell**

Nr. 2 | 2014

In dieser Ausgabe:



FORSCHUNG
Kommt das
Leben aus
dem Weltall?



SPANIEN
Der Motor
ist wieder
angesprungen



GEDENKJAHR 2014
Private Erinne-
rungsstücke
gesucht

Preisaus-
schreiben
auf der
Rückseite

EUROPAWAHL

Warum Sie sich den 25. Mai merken sollten





INHALT

Verbraucherschutz
 Europa sorgt für mehr Rechte..... 2
 Grußwort der Bundeskanzlerin 3

EUROPA

Europawahl
 Handeln. Mitmachen. Bewegen..... 4

Europawahl
 Das Parlament stark machen..... 5

Chancen in Europa
 Als Oma auf Zeit in Italien..... 6

Europäische Forschung
 Kommt das Leben aus dem Weltall?... 7

Europäischer Arbeitsmarkt
 Wenn sie da sind,
 scheint die Sonne..... 8

Euro-Krise
 Der Motor ist wieder angesprungen... 9

Europäische Energiepolitik
 Vernetzen hilft sichern..... 10

Europäische Umweltpolitik
 Wie wird man ein Meeresbürger?..... 11

Energiewende
 Täglich 70 Badewannen
 heißes Wasser..... 12

25 Jahre Friedliche Revolution
 Der Tropfen, der das Fass zum
 Überlaufen brachte..... 13

Abrüstung
 Syrische Chemiewaffen:
 Deutschland hilft bei der
 Vernichtung..... 14

Gedenkjahr 2014
 Private Erinnerungsstücke gesucht... 15

VERBRAUCHERSCHUTZ

Europa sorgt für mehr Rechte

Ab dem 13. Juni 2014 haben die Verbraucher in Europa noch mehr Rechte. Mit der neuen EU-Verbraucherrechte-Richtlinie treten für Käufe im Internet und am Telefon sowie bei sogenannten Haustürgeschäften bessere Regeln in Kraft.

Einheitliches Widerrufsrecht

Europaweit gilt dann ein 14-tägiges Widerrufsrecht ab Erhalt der Ware. Fehlt es an einer ordnungsgemäßen Belehrung, verlängert sich die Frist um ein ganzes Jahr. Zu beachten ist: Wer vom Kauf zurücktreten will, muss das schriftlich erklären. Der Händler ist verpflichtet, dazu einen Vordruck anzubieten. Weitere 14 Tage danach muss der Kunde die Ware zurückschicken

und der Unternehmer den Kaufpreis erstatten.

Schluss mit Online-Kostenfallen

Mehr Schutz gibt es auch für Verbraucher, die Leistungen im Internet buchen. Sie müssen keine Angst mehr vor ungewollten teuren Zusatzleistungen – etwa einer automatisch eingestellten Reiserücktrittsversicherung – haben. Denn voreingestellte Häkchen sind dann verboten. Der Kunde muss jede Leistung ausdrücklich bestellen. Entsprechende Felder müssen gut verständlich und sichtbar gekennzeichnet sein – etwa mit den Worten „zahlungspflichtig bestellen“.

i Mehr Informationen unter www.eu-verbraucher.de



Impressum

Herausgeber Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 11044 Berlin **Redaktion** Uwe Spindeldreier
Druck Evers-Druck GmbH, 25704 Meldorf **Gestaltung** MetaDesign AG, 10629 Berlin **Bildnachweis** Titel: Judith Affolter, Kasten v.o.: photothek.net/Grabowsky, Deutz Spain, Axel Schmidt; Seite 2: Judith Affolter; Seite 3: photothek.net/Trutschel; Seite 4: Paola Beccegato, imago stock&people gmbh/Chromorange (unten); Seite 5: photothek.net/Grabowsky; Seite 6: Hertzog/AFP/Getty Images; Seite 7: Judith Affolter; Seite 8: Burkhard Peter; Seite 9: Deutz Spain (oben), picture-alliance/Spotshot/Maxppp (unten); Seite 10: Ullstein Bild/Köhler; Seite 11: picture-alliance/Chromorange; Seite 12: KEYSTONE (oben), Martin Leissl (oben links und unten); Seite 13: Bundesregierung; Seite 14: Joanna Nottebrock; Seite 15: Axel Schmidt (beide); Rückseite: picture-alliance/Landov (Erinnern und Gedenken); **Redaktionsschluss:** 27. Februar 2014



liebe lesenden und Leser,

am 25. Mai 2014 sind wir als Europäer ganz besonders gefragt. An diesem Tag können wir entscheiden, wer in den nächsten fünf Jahren unser Land im Europäischen Parlament vertritt. Jede Stimme ist ein politischer Gestaltungsauftrag.

Wer glaubt, Brüssel und Straßburg seien weit weg, dem entgegen ich: Europa ist meist näher, als man denkt. Führen Sie sich vor Augen, wie viel Zeit und Lebensqualität Sie dadurch gewinnen, dass Sie innerhalb Europas frei reisen und vielerorts bequem mit dem Euro zahlen können. Achten Sie darauf, wie häufig die Europäische Flagge bei geförderten Bauvorhaben in Ihrem Ort zu sehen ist. Denken Sie nicht zuletzt an Ihre Eltern oder Großeltern, die noch das Leid des Krieges erfahren mussten. Den Blick auf das oft allzu schwergeprüfte Leben dieser Generationen zu lenken, liegt mir angesichts der anstehenden Jahrestage – dem Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren und des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren – besonders am Herzen.

Bei allen Problemen, die uns heute in Europa Diskussionsstoff bieten, steht doch eines außer Frage: Europa ist weit mehr als ein Binnenmarkt, viel mehr als eine Währungsunion. Uns eint das starke Band gemeinsamer Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Meinungsfreiheit. Wir leben in Frieden und Freiheit zusammen. Selbstverständlich ist das keineswegs, wie uns nicht nur die Geschichte, sondern auch ein Blick auf das aktuelle Weltgeschehen zeigt. Das Selbstverständnis als Schicksalsgemeinschaft gibt uns in der Europäischen Union Kraft und Zuversicht, auf gemeinsame Herausforderungen wie bisher auch künftig immer wieder gemeinsame Antworten zu finden.

Ihre Stimme bei der Wahl zum Europäischen Parlament ist eine Stimme für ein geeintes, für ein starkes Europa. Streichen Sie sich daher den 25. Mai im Kalender dick an. Das Wahlrecht zu nutzen, liegt in unserem eigenen Interesse.

Mit herzlichen Grüßen

Angela Merkel

Angela Merkel
Bundeskanzlerin

EP-WAHL 2014

Künstlernachwuchs gestaltet Wahlplakate

Wie bewegt man die Wählerinnen und Wähler dazu, sich an der Europawahl am 25. Mai 2014 zu beteiligen? Kunststudenten aus ganz Deutschland haben sich darüber Gedanken gemacht und 64 Plakate entworfen. Sie haben damit an einem Wettbewerb von Bundesregierung, Europäischem Parlament und Europäischer Kommission teilgenommen.



Eins der siegreichen Plakate. Es stammt von Lisa Grote, Mirja Fink und Daniel Bruns von der Fachhochschule Münster/Westfalen.

Die besten Plakate werden Anfang April im Berliner Kommunikationsmuseum der Öffentlichkeit präsentiert. Danach sind sie in allen ICE-Bahnhöfen sowie in den Berliner S- und U-Bahnhöfen zu sehen. Auch in Jugendzeitschriften und im Internet rufen die Plakate zur Wahl auf. Denn gerade die Jungwählerinnen und Jungwähler sollen darüber „stolpern“ – und die Botschaft verstehen: Nur wer von seinem Wahlrecht Gebrauch macht, der bestimmt Europa und damit seine Zukunft mit.



EUROPAWAHL

Handeln. Mitmachen. Bewegen.

Unter diesem Motto findet im Mai die Europawahl statt. 2009, bei der letzten Wahl, haben sich nur 43,3 Prozent der Wahlberechtigten in Deutschland daran beteiligt. 56,7 Prozent haben damit ihre Chance ungenutzt gelassen, über die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament mitzubestimmen. Einem Parlament, das in den vergangenen Jahren immer mehr Einfluss gewonnen hat. Und so viel steht fest: Je höher die Wahlbeteiligung, desto stärker kann das Europäische Parlament die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertreten.

In Zukunft müssen die Staats- und Regierungschefs der EU bei der Wahl des EU-Kommissionspräsidenten das Wahlergebnis der Europawahl berücksich-

tigen. Deshalb benennen die Parteien erstmals europaweit Spitzenkandidaten, die für dieses Amt kandidieren wollen. Die Wählerinnen und Wähler haben also die Möglichkeit, Einfluss darauf zu nehmen, wer Präsident der EU-Kommission in Brüssel wird.

Wie kann man wählen?

Die Europawahl findet vom 22. bis zum 25. Mai 2014 statt, in Deutschland am Sonntag, dem 25. Mai. Anders als bei der Bundestagswahl gibt es keine Wahlkreise. Stattdessen stellen die Parteien Bundes- oder Landeslisten auf. Jede Wählerin und jeder Wähler hat also eine Stimme.

Wahlberechtigt ist, wer in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen

Wahlschein hat. Deutsche, die im Inland gemeldet sind, sind im Wählerverzeichnis ihres Hauptwohnortes erfasst. Wer nicht im Inland gemeldet ist, muss seine Eintragung in ein Wählerverzeichnis beantragen.

96 deutsche Abgeordnete

Der EU-Vertrag hat die Zahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf 751 verringert. Deutschland hat als größter Mitgliedstaat mit 96 Abgeordneten immer noch die meisten. Bisher waren es 99. ■

Wer darf wählen?

Jede Bürgerin und jeder Bürger der EU kann wählen und gewählt werden. Es gelten die Grundsätze der freien, allgemeinen, unmittelbaren, gleichen und geheimen Wahl. Welches Wahlsystem zur Anwendung kommt, entscheiden die einzelnen Mitgliedstaaten. Wahlberechtigt ist man mit 18 Jahren (in Österreich mit 16).

Wichtig ist: EU-Bürger, die nicht in ihrem Heimatland leben, können in jedem anderen EU-Staat zur Wahl gehen – dort, wo sie wohnen. Wer als EU-Bürger in Deutschland von dieser Möglichkeit Gebrauch machen möchte, muss sich hier ins Wählerverzeichnis eintragen lassen. Dafür gibt es auf den Internetseiten des Bundeswahlleiters ein Antragsformular: www.bundeswahlleiter.de, Stichwort „Service für Unionsbürger“.

i Weitere Informationen unter www.wahlen2014.eu

Das Parlament stark machen

„Wo, wenn nicht über das Parlament, haben die Bürger die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen? Das Europäische Parlament ist das einzige direkt gewählte Gremium der Europäischen Union“, sagt die Studentin Juliane Gutmiedl aus München. Recht hat sie. Durch den Vertrag von Lissabon hat das Europäische Parlament (EP) 2009 mehr Befugnisse bekommen – und kann damit die Europäische Union (EU) wirksam kontrollieren.

Was kann das Europaparlament?

Gemeinsam mit dem Rat der Europäischen Union ist das EP für die europäische Gesetzgebung verantwortlich. Im Rat sind die Regierungen der Mit-

gliedstaaten vertreten. Sieht das EP Regelungsbedarf, muss es die Kommission auffordern, dazu einen Gesetzesvorschlag auszuarbeiten. Von sich aus kann das EP keine Gesetzesinitiative ergreifen.

Das Parlament kann jedoch eine Menge Einfluss ausüben: Es wählt auf Vorschlag der Staats- und Regierungschefs, also des Europäischen Rates, den Kommissionspräsidenten. Es überwacht die Arbeit der EU-Kommission. Und es stellt den Haushaltsplan der EU fest. Lehnt es den Haushalt ab, kann die Kommission nicht über die Gelder verfügen. Der Präsident und die Mitglieder der Kommission erstatten dem EP regelmäßig Bericht über ihre Arbeit und ihre Vorhaben.

An der Spitze des Parlaments steht ein Präsident. Er wird jeweils für zweieinhalb Jahre gewählt.

Wählen gehen!

Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt den Abgeordneten den Rücken. Die EU-Verdrossenheit mancher Leute ärgert Juliane Gutmiedl. „Wenn mir alles egal ist, kann ich nicht erwarten, dass sich etwas ändert“, sagt sie. Für sie steht fest, dass sie ihre Stimme bei der Europawahl 2014 abgibt. ■

i Mehr Informationen unter www.bundesregierung.de, Stichwort „Europa“, und www.europarl.de



Die Münchner Studentin will auf jeden Fall wählen gehen.

Als Oma auf Zeit in Italien

Mit 66 zum Seniorenkränzchen? Für Brigitte Petermann kommt das gar nicht infrage. Als sie jung war, hat sie eine Zeit lang als Kindermädchen in Rom gearbeitet. Jetzt hat es sie zum zweiten Mal nach Italien gezogen.

Brigitte Petermann ist für ein Jahr „Au-pair-Oma“ bei einer deutschen Familie, die in der Nähe von Mailand lebt. „Es ist wichtig, aktiv zu sein, sich immer wieder neu auszuprobieren. Das Alter, in dem man einseitig auf die Jüngeren angewiesen ist, kommt noch früh genug“, sagt Petermann.

Oma für zwei Teenager

Gar nicht so einfach, plötzlich in einem fremden Haushalt mit zwei Teenagern zu wohnen. Aber Petermann hat Glück. Die beiden Jungs haben Vertrauen zu ihr, sie kommt gut mit ihnen zurecht. Es geht vor allem darum, für die beiden da zu sein, ihnen zuzuhören. Und

natürlich ums gemeinsame Essen. Einmal in der Woche hat jeder einen Menüwunsch frei.

Brigitte Petermann empfindet ihre Aufgabe als „Au-pair-Oma“ nicht als anstrengend. Sie macht ihr große Freude. Und nebenbei bessert sie bei einem Sprachkurs ihr Italienisch auf.

Eine passende Familie finden

Doch wie kommt man an eine so spannende Stelle? Durch eine Freundin wurde Brigitte Petermann auf den Verein „Madame Grand-Mère“ aufmerksam. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter vermitteln Damen und Herren über 50 an Familien im Ausland, die sich Unterstützung bei der Kinderbetreuung wünschen. Inzwischen gibt es in Deutschland mehrere Organisationen, die bei der Suche nach einer geeigneten Familie helfen.

Das Interesse wächst auf beiden Seiten. Kristin Emmerinck vom Verein „Madame Grand-Mère“: „Die Zahl der Vermittlungen hat sich in den letzten Jahren verdoppelt!“ Emmerinck war selbst in Paris als „Großmutter auf Zeit“ tätig und möchte jetzt auch anderen diese Erfahrung möglich machen: ein Engagement, das Ländergrenzen überschreitet – und Generationen verbindet. ■



Weitere Tipps ...

für aktive Menschen über 50 finden Sie auf der Internetseite:

www.erfahrung-ist-zukunft.de

Engagement in jedem Alter noch besser zu unterstützen, ist Teil der Demografiestrategie der Bundesregierung.

i Weitere Informationen unter www.jedes-alter-zählt.de



EUROPÄISCHE FORSCHUNG

Kommt das Leben aus dem Weltall?

Ohne Wasser gäbe es auf unserem Planeten kein Leben. Bis heute weiß die Wissenschaft allerdings nicht, ob das Wasser schon bei der Entstehung der Erde da war – vor viereinhalb Milliarden Jahren. Denkbar, dass Kometeneinschläge das Wasser auf die Erde brachten. Und damit vielleicht auch Keime, aus denen sich unser Leben entwickelt hat. Träfe das zu, dann hieße das: Das Leben kommt irgendwo aus dem All! Wir sind – so gesehen – Außerirdische!

Eine spannende Frage. In den nächsten fünf Jahren will ihr der Münsteraner Planetenforscher Thorsten Kleine nachgehen. Die Europäische Union hat dem Professor dafür zwei Millionen Euro Fördermittel zur Verfügung gestellt. „Diese Mittel ermöglichen mir, mit einem großen Team eine neuartige Methode zu entwickeln, mit der wir die Entstehungsgeschichte der Erde rekonstruieren können“, sagte Kleine.

Um die Frage zu klären, werden die Forscher untersuchen, aus welchen Materialien sich andere Himmelskörper zusammensetzen. Das lässt dann Rückschlüsse darauf zu, woher das Wasser auf der Erde kommt.

Verändert sich unser Weltbild?

Kleine gehört zu den 312 europäischen Spitzenforschern, die ein spezielles Forschungsstipendium, einen „Consolidator Grant“, erhalten. Insgesamt gibt die EU dafür 575 Millionen Euro aus. Es sind die ersten Mittel aus dem neuen EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizont 2020“.

Kleines Forschung wird zwar unser Leben nicht verändern. Und die Lösung konkreter Probleme ist davon auch nicht zu erwarten. Alltagstaugliches liefern andere Förderlinien des Programms. Dafür könnten die Erkenntnisse der Münsteraner aber unser Weltbild stark verändern. In fünf Jahren wissen wir mehr. ■

STICHWORT

Horizont 2020

Das Programm läuft von 2014 bis 2020 und ist mit 77 Milliarden Euro ausgestattet. Im Zentrum stehen Forschungsarbeiten, die sich den zentralen Fragen unserer Zeit widmen: zum Beispiel Klimawandel, Energiegewinnung, Nachhaltigkeit und Alterung unserer Gesellschaft.

Besonders wichtig ist der EU, dass Innovationen schnell vermarktet werden. Das soll die europäische Führungsrolle bei der industriellen Produktion festigen. Im dritten Förderbereich, zu dem die „Consolidator Grants“ gehören, werden exzellente Grundlagenforscher unterstützt.

i Weitere Informationen unter www.forschungsrahmenprogramm.de Stichwort „Horizont 2020“



Maria Espinosa (rechts) freut sich, dass sie arbeiten und helfen kann.

EUROPÄISCHER ARBEITSMARKT

Wenn sie da sind, scheint die **Sonne**

Seit gut einem Jahr schallt durch die Flure des SenVital Senioren- und Pflegezentrums in Kleinmachnow fröhliches Spanisch. Maria, Alba, Raquel, Delia und Alberto sind fünf spanische Pflegefachkräfte, die dort deutsche Senioren pflegen.

In ihrem Heimatland haben sie den Bachelor für Pflege gemacht. Doch die Jugendarbeitslosigkeit ist in Spanien hoch; Stellen fanden sie nicht. Im Gegensatz dazu sind in Deutschland gerade in der Pflegebranche dringend Fachkräfte gesucht.

SenVital hat deshalb früh Kontakte ins europäische Ausland geknüpft. Sogar bevor das Bundesarbeitsministerium das Programm „MobiPro-EU“ ins Leben gerufen hat.

Einzige Sorge: die Sprache

Am Anfang mussten die jungen Spa-

nier erst einmal Deutsch pauken. Das anspruchsvolle Sprachzertifikat B2 ist nötig, um die Berufsanerkennung zu bekommen. Derzeit diskutieren die Fachleute darüber, ob sich diese hohe Hürde etwas senken lässt, denn die Pflegekräfte wollen ja nicht Germanistik studieren.

Die Bilanz von Pflegeheim-Geschäftsführer Sebastian Thieswald nach knapp einem Jahr: „Die Euphorie des Anfangs hat eine Spur Realismus bekommen. Das ist gut“, sagt er. „Das macht es für Nachfolgeprojekte leichter.“ Was er damit meint? „Vorher hat zum Beispiel niemand geahnt, dass Skype das beste Mittel gegen Heimweh ist“, berichtet Thieswald.

Die Spanier sind mit ihrer offenen Art und Mentalität bei den Senioren und Mitarbeitern des Hauses beliebt. Wenn sie da sind, scheint die Sonne,

auch wenn sie draußen nicht scheint, sagen alle.

Und wie denkt Maria aus Malaga über das erste Jahr? „Die deutsche Sprache ist schwierig.“ Ihre einzige echte Sorge ist, dass sie ihre Sprachprüfung besteht. Mit ihren Senioren, die sie pflegt, kommt sie bestens klar. ■

Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

In Teilen Europas herrscht nach wie vor eine hohe Jugendarbeitslosigkeit. Das Programm „MobiPro-EU“ trägt dazu bei, sie zu bekämpfen – indem es die berufliche Mobilität innerhalb der EU fördert. Junge Leute unter 35 können in Deutschland eine Berufsausbildung machen oder in einem Mangelberuf arbeiten. Für das Berufsanerkennungsverfahren oder Sprachkurse können sie Fördergeld beantragen.

i Mehr Informationen unter
www.foerderdatenbank.de

Der Motor ist wieder angesprungen

Schwache Auftragslage, alle 524 Mitarbeiter in Kurzarbeit. Das war die bittere Wirklichkeit nach der geplatzten Immobilienkrise in Spanien. „Dabei wollten wir mit unserem top-modernen Zuliefererwerk Exzellenzschmiede für Hochleistungsmotoren werden“, so Eugenio Serrano, Geschäftsführer von „Deutz Spain“.

Das Unternehmen fertigt im südspanischen Zafrá Zylinderköpfe, Pleuel und Zahnräder für Deutz-Motoren mit bis zu 720 PS. Um zu überleben, hat die Firma in der Krise ihre Verwaltung verkleinert und sich auf ihr Kerngeschäft konzentriert. Jetzt hilft sie, die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Spanien zu bekämpfen: Als eines der ersten Unternehmen in Spanien hat Deutz das duale Berufsausbildungssystem nach deutschem Vorbild eingeführt. „Wir setzen voll auf Qualität

durch Qualifikation“, betont Geschäftsführer Serrano.



Präzisionsarbeit bei Deutz in Zafrá

Wirtschaft wächst wieder

Kaum zwei Jahre nach dem Börsencrash punktet Spanien wieder mit niedrigen Lohnkosten und Preisen: Die Exporte steigen, das Wachstum kehrt zurück. Nach 18 Monaten hat das Land zu Jahresbeginn den Rettungsschirm verlassen.

Auch „Deutz Spain“ profitiert vom positiven Trend. Dieses Jahr soll der Umsatz von Deutz-Motoren in Spanien und Portugal um über 40 Prozent gegenüber 2013 steigen. Im Juni 2014 werden 14 Auszubildende die Lehrprüfung ablegen und auch übernehmen.

Neue Chancen durch Reformen

Die Wende gelang Spanien dank harter Reformen. Betriebe können jetzt flexibel auf den Arbeitsmarkt reagieren. Nahezu alle Unternehmen investieren wieder Milliarden Euro in ihre spanischen Werke. Dazu gehören neben Deutz auch Volkswagen, Ford und Daimler-Benz. Schließlich ist Spanien nach Deutschland der zweitgrößte Automobilhersteller Europas.

Der Modernisierungsbedarf in Spanien bleibt hoch. Für deutsche Unternehmen ist das ein großes Geschäftspotenzial, vor allem im Maschinenbau. Denn nach wie vor ist „Made in Germany“ in Spanien besonders gefragt. ■

i Mehr Informationen bei der Deutschen Außenhandelskammer für Spanien unter www.ahk.es

Zafrá im Südwesten Spaniens, rund 50 Kilometer von der Grenze Portugals entfernt: Hier produziert das deutsche Unternehmen Deutz Teile für große Motoren.



Vernetzen hilft sichern

Europa, morgens um acht: Computer rechnen, Handys laden, Kaffeemaschinen laufen. 500 Millionen Menschen starten in den Tag. Der europäische Energie-Binnenmarkt hilft, den Strom sicher zu transportieren. Aber noch gibt es einiges zu tun.

Noch orientieren sich die Stromnetze an den nationalen Grenzen. Doch wie beim Spinnennetz gilt: Je mehr Verknüpfungen es gibt, desto stabiler wird das gesamte Netz. Deshalb ist es Ziel der EU, den Ausbau von grenzüberschreitenden Leitungen und Speichermöglichkeiten zu fördern.

Im Interesse Deutschlands

Grenzüberschreitende Stromleitungen müssen eigentlich Genehmigungsverfahren in zwei Ländern durchlaufen. Bei den ausgewählten Vorhaben genügt ein einziges Verfahren bei einer nationalen Behörde. Die Projektpartner können zudem günstige Förder-

Deutschland hat daher großes Interesse an einem reibungslosen Stromtransport.

Dabei hilft, dass jeder Mitgliedstaat jährlich einen sogenannten Netzentwicklungsplan für die kommenden zehn Jahre erstellen muss. Somit ken-

Was haben Sie davon?

Energie-Binnenmarkt heißt auch: Verbraucher sollen unter verschiedenen Stromversorgern auswählen können. Innerhalb von drei Wochen können Verbraucher ihren Stromanbieter kostenlos wechseln. Das hat die EU eingeführt.



Grenzüberschreitende Stromnetze tragen dazu bei, die Energieversorgung sicherer zu machen. Auch in Deutschland.

Die EU-Kommission hat 248 europäische Netzprojekte als vorrangig anerkannt, darunter 22 mit deutscher Beteiligung. Das bedeutet, sie sind besonders wichtig für den EU-Strommarkt. Vorhaben wie das Seekabel zwischen Deutschland und Norwegen, Stromtrassen zwischen Eisenhüttenstadt und Plewiska in Polen oder ein österreichisch-deutsches Pumpspeicherkraftwerk in Riedl gehören dazu.

darlehen bei der Europäischen Investitionsbank beantragen. Und sie erhalten einen leichteren Zugang zu den knapp sechs Milliarden Euro, die die EU-Kommission als Fördermittel bereitstellt.

Für Deutschland ist der Energie-Binnenmarkt besonders wichtig. Durch seine Lage in der Mitte Europas ist es ein Strom-Transitland. Große Mengen an Strom passieren die Grenzen.

nen die Staaten die Prognosen für den Strommarkt und die Planungen der Nachbarländer. Eine EU-Aufsichtsbehörde überwacht den Markt zusammen mit den nationalen Ämtern wie der deutschen Bundesnetzagentur. So funktioniert der Netzausbau am besten: mit einer langfristigen Planung und grenzübergreifend koordiniert. ■



EUROPÄISCHE UMWELTPOLITIK

Wie wird man ein *Meeresbürger*?

Wale, Robben und Quallen sind – richtig: Meeresbewohner. Und was sind „Meeresbürger“? Menschen, die im Meer leben? Nein, es sind Menschen, die sich gemeinsam für den Schutz der Meere einsetzen. In einem Netzwerk aus über 50 Umwelt-Bildungseinrichtungen an Nord- und Ostseeküste.

Wie nötig dieser Schutz ist, beweisen 6,4 Millionen Tonnen Plastikmüll, die jährlich in den Weltmeeren landen. Allein die Nordsee wird jedes Jahr mit 20.000 Tonnen Abfall belastet. Eine ökologische Katastrophe, die immer mehr Tierarten gefährdet – und über kurz oder lang auch uns Menschen.

Nur Küsten putzen reicht nicht

Das „Meeresbürger-Netzwerk“ will über diese Bedrohung informieren: mit Ausstellungen, Exkursionen, Aktionstagen und Vorträgen. „Wir wollen aber auch Menschen dazu bewegen, sich für das Meer starkzumachen“, so

die Netzwerkkordinatorin Annett Storm. Eine Möglichkeit ist, an gemeinsamen Küstenputzaktionen teilzunehmen. Also zu helfen, Strände von Müll zu befreien.

Doch das allein reicht lange nicht aus. Auch die politische Ebene ist gefragt. Nach der sogenannten Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie müssen alle EU-Staaten, die am Meer liegen, bis 2020 „einen guten Zustand der Meeresumwelt“ herbeiführen. Denn Meerespolitik erfordert nicht nur nationales, sondern auch internationales Handeln.

2,50 Euro für einen Pass

Meere kennen keine Grenzen. Meeresbürger sind wir also alle – und mit einem „Meeresbürger-Pass“ sogar ganz offiziell. Zu erwerben ist er in jedem „Meeresbürger-Rathaus“ von Amrum bis Zinnowitz. Für den symbolischen Beitrag von 2,50 Euro.

Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt, die Lighthouse Foundation, die Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung, die Hanns R. Neumann Stiftung und der Förderverein Nationalpark Boddenlandschaft e.V. fördern das „Meeresbürger“-Netzwerk. ■

20. Mai: Europäischer Tag der Meere

Im Rahmen der EU-Meerespolitik veranstaltet die EU-Kommission jedes Jahr am 20. Mai den „Europäischen Tag der Meere“. 2014 findet er zum ersten Mal in Deutschland statt: in Bremen.

Die Bundesregierung nutzt diese Gelegenheit, um Projekte wie das „Meeresbürger-Netzwerk“ vorzustellen.

i Mehr Informationen unter www.meeresbuerger.de



Jörg Spingler ist davon überzeugt, dass der Warmwassererzeugung durch Sonnenenergie die Zukunft gehört.



Kosten bremsen, Ausbau sichern

Der Anteil der Abgaben am Strompreis soll nicht weiter steigen. Deswegen hat die Bundesregierung Eckpunkte für eine Reform der Ökostrom-Förderung vorgelegt. Künftig haben die kostengünstigen Technologien Vorrang. Ein sogenannter Mengenkorridor soll den Ausbau steuern. Befreiungen von der Ökostrom-Abgabe werden eingeschränkt. Bis Ostern soll der Gesetzentwurf stehen.

ENERGIEWENDE

Täglich 70 Badewannen heißes Wasser

In Konditoreien oder Backstraßen muss es sauber zugehen. Strenge Hygienevorschriften verlangen eine tägliche gründliche Reinigung der Anlagen mit heißem Wasser. Meistens wird es mit einer Gasheizung erhitzt. „Das geht doch viel besser mit Solarthermie“, so die Idee von Jörg Spingler, dem technischen Leiter der Sanitär- und Gastech-Firma Förger aus Diez an der Lahn.

Bei der Solarthermie erhitzt die Sonne direkt das Heizwasser. Künftig liefert so eine Anlage von Spingler in einer neuen Backstraße die Wärme für die Heißwasserbereitung und für die Sahneherstellung. Eine 98 Quadratmeter große Solaranlage erwärmt täglich bis zu acht- bis zehntausend Liter Wasser. Das sind etwa 70 Badewannen.

Sonnenwärme für alle möglichen Zwecke

„Mit der Solaranlage sinken die Energiekosten erheblich. Außerdem verringert sich der Ausstoß an Kohlen-

dioxid. Vorteile, die noch viel mehr Unternehmen nutzen sollten“, meint Jörg Spingler.

Zwei Drittel ihrer gesamten Energie braucht die Industrie für Prozesswärme – etwa zum Trocknen, Reinigen, Entfetten, Sterilisieren oder Vorwärmen. Und diese Wärme kann man auch durch Solarthermie erzeugen. In der Chemie-, Metall-, Automobilindustrie genauso wie in der Textil-, Holz-, Glas- und Lebensmittelindustrie. Seit 2012 fördert die Bundesregierung deshalb Unternehmen, die verstärkt erneuerbare Energien zur Wärmeerzeugung einsetzen.

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) bezuschusst solare Prozesswärme bis zur Hälfte der Investitionskosten. Für die Unternehmen bedeutet das: ihre Energiekosten sinken, sie erfüllen Auflagen zur CO₂-Reduktion und können Kundenwünschen nach „grüner Produktion“ entsprechen. ■



Um eine Backstraße zu reinigen, ist eine Menge warmes Wasser nötig.

i Mehr Informationen unter www.bafa.de
Stichwort „Förderung von Solarthermieanlagen“. Interessierte Unternehmen können sich auch bei der BAFA-Hotline kostenlos über die Förderkonditionen beraten lassen: Tel.: 06196/908-625

Der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte

Siegmar Wolf kann es nicht fassen. Es ist der Abend des 7. Mai 1989. In der DDR haben Kommunalwahlen stattgefunden. Jetzt verkündet Egon Krenz, der Vorsitzende der Wahlkommission, im Fernsehen das Ergebnis: 98,85 Prozent für den offiziellen Wahlvorschlag der „Nationalen Front“. In diesem Moment weiß Wolf: Das SED-Regime schreckt sogar vor Wahlfälschungen nicht zurück. Und Wolf gehört zu denen, die das beweisen können.

Mit seinen Freunden hat Siegmar Wolf im vogtländischen Plauen das Recht wahrgenommen, bei der Stimmauszählung dabei zu sein. Wie viele andere Bürgerrechtler in der DDR auch. Sie alle haben dabei weit mehr Nein-Stimmen gezählt, als Krenz am Abend mitteilt.

Die Unzufriedenheit wächst

„Diese Wahlbeobachtungen sind eigentlich aus der gesamten Lage, unserer

Unzufriedenheit entstanden“, erzählt Wolf heute. Einer Unzufriedenheit, die Ende der 1980er Jahre erheblich zugenommen hat. Immer mehr Menschen verzweifeln angesichts der Sturheit der SED-Führung.

Jahrelang hat es geheißt: „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen!“ Doch als der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow einen Reformkurs einschlägt, gehen die Machthaber in Ostberlin auf Distanz. Berühmt der Satz von SED-Chefideologe Kurt Hager: „Würden Sie, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?“

Immer mehr beweisen Mut

Die Zahl der Ausreiseanträge steigt auf Rekordhöhen, oppositionelle Gruppen bekommen immer stärkeren Zulauf. Im Frühjahr 1989 rufen sie dazu auf, bei

der Kommunalwahl mit Nein zu stimmen. Dazu gehört Mut. Denn jeder, der den Wahlzettel nicht nur faltet und in die Wahlurne wirft, sondern eine Wahlkabine aufsucht, macht sich verdächtig, muss mit Nachteilen rechnen.

Viele bringen diesen Mut am 7. Mai 1989 auf. So viele, dass das SED-Regime das Ergebnis fälscht. Die Nachricht von der Wahlmanipulation verbreitet sich wie ein Lauffeuer. Gemeinsam mit sieben anderen Plauener Zeugen schreibt Wolf eine „Eingabe“ – die einzige Möglichkeit in der DDR, sich gegen staatliches Handeln zur Wehr zu setzen. Überall bleiben solche Eingaben ohne Erfolg. Was dazu führt, dass in Ostberlin und anderen Städten an jedem 7. der folgenden Monate Menschen auf Straßen und Plätzen protestieren. Alle Versuche des Regimes, das zu unterbinden, scheitern. Die Friedliche Revolution hat begonnen. ■



Siegmar Wolf und seine Freunde konnten nachweisen, dass das SED-Regime das Ergebnis der Kommunalwahl am 7. Mai 1989 gefälscht hatte.

Freiheit und Einheit

Vor 25 Jahren begann in der DDR die Friedliche Revolution, die zum Fall der Berliner Mauer und zur Wiedervereinigung Deutschlands führte. Auf www.freiheit-und-einheit.de ist eine umfassende Chronik der Ereignisse zu finden, unter dem Datum 7. Mai 1989 auch ein Filmporträt von Siegmar Wolf.



ABRÜSTUNG

Syrische **Chemiewaffen:** Deutschland hilft bei der Vernichtung

Chemiewaffen – „nur“ ein Relikt aus dem 1. Weltkrieg? Leider nein. Im vergangenen Jahr hat der Einsatz dieser furchtbaren Waffen in Syrien weltweit Entsetzen ausgelöst. Im Oktober ist das Land nach starkem Druck der internationalen Gemeinschaft der „Organisation für das Verbot Chemischer Waffen“ beigetreten – und hat zugestimmt, seine Bestände zu vernichten. Deutschland hilft dabei.

140 Spezialisten sind bei der Gesellschaft zur Entsorgung von chemischen Kampfstoffen und Rüstungsaltslasten (GEKA) im niedersächsischen Munster beschäftigt. Sie arbeitet im Auftrag des Bundes. Alleiniger Gesellschafter ist das Bundesverteidigungsministerium.

Der Leiter Betriebstechnik, Ulrich Stiene, erklärt: „Auch die syrischen Reststoffe werden uns keine Probleme bereiten. Mit langjähriger Erfahrung und unserer bewährten Technologie

schaffen wir es, die Aufgabe in wenigen Monaten zu bewältigen.“

Die Mitarbeiter der GEKA arbeiten unter strengsten Sicherheitsanforderungen daran, diese „Zeitbomben“ unschädlich zu machen: in einem Ofen, in dem über 1.000 Grad Celsius herrschen.

Eine hundertjährige Geschichte

Bereits im Ersten Weltkrieg entstanden in Munster Versuchs- und Produktionsanlagen für arsenorganische Kampfstoffe. Auch der Zweite Weltkrieg hat seine Spuren hinterlassen. 1956 hat die Bundeswehr die Aufgabe übernommen, die Hinterlassenschaften aufzuarbeiten.

1982 ging die erste Verbrennungsanlage in Betrieb. Seither geschieht die Vernichtung chemischer Kampfstoffe umweltfreundlich auf dem neuesten Stand der Technik. Diese Erfahrung und die sichere Technologie nutzt

Deutschland nun, um auch die Reststoffe chemischer Kampfmittel aus Syrien sicher zu entsorgen. ■

Chemiewaffen – weltweit geächtet

190 Staaten haben sich im Übereinkommen über das Verbot chemischer Waffen (CWÜ) verpflichtet, keine neuen Chemiewaffen herzustellen oder zu erwerben und alte Bestände zu vernichten. Nur sechs Staaten sind dem Abkommen noch nicht beigetreten. Über 81 Prozent der bekannten Bestände sind bereits vernichtet. Es wird noch Jahre dauern, auch die letzten Bestände zu beseitigen – neben der politischen Ächtung dieser unmenschlichen Waffen die wichtigste Aufgabe, um die Menschheit dauerhaft vor dieser Gefahr zu schützen.

Private Erinnerungsstücke gesucht

Vor 100 Jahren, am 28. Juli 1914, begann der Erste Weltkrieg. Eine einzigartige Online-Dokumentation erlaubt neue Einblicke in diese Zeit.

Dass das Kriegstagebuch des Großvaters von Günter Reipert öffentlich im Internet steht, ist kein Zufall. Zum hundertsten Jahrestag des Kriegsausbruches sammelt die Europäische Digitale Bibliothek „Europeana“ in ganz Europa private Erinnerungsstücke aus dem Ersten Weltkrieg und stellt sie ins Netz. Fotos, Feldpostkarten, Medaillen oder Tagebücher werden so für jeden zugänglich: in einem weltweit einmaligen digitalen Archiv.

Unzählige Schätze in Privatbesitz

Wer möchte, kann auf www.europeana1914-1918.eu das Online-Archiv mit Bildern und den Geschichten dazu füllen. Oder man bringt seine Erinnerungsstücke an europaweiten

Aktionstagen der „Europeana“ persönlich vorbei. Historiker begutachten die Originale vor Ort, scannen sie ein und geben sie den Besitzern sofort wieder zurück.



Über 8.000 private Beiträge mit rund 90.000 digitalen Objekten sind bereits in dem Online-Archiv zu sehen – ein Wissensschatz an persönlichen Doku-

menten zum Ersten Weltkrieg. „Jetzt kann das Kriegstagebuch meines Großvaters nicht mehr verloren gehen“, freute sich Günter Reipert, 75, bei den letzten Aktionstagen in Berlin. Die nächsten Aktionstage in diesem Jahr sind in Greifswald, Stettin (Polen), Görlitz und Oppeln (Polen) geplant. ■

i Mehr Informationen unter www.europeana1914-1918.eu

1914-1918. Der Erste Weltkrieg

Vom 5. Juni bis zum 7. Dezember 2014 präsentiert das Deutsche Historische Museum (DHM) in Berlin die einzige Ausstellung in Deutschland, die einen vollständigen Überblick über den Ersten Weltkrieg bietet. Sie macht die europäische und globale Dimension des Kriegsgeschehens deutlich. Auf mehr als 1.000 Quadratmetern entwirft sie anhand von 14 ausgewählten Orten wie Berlin, Brüssel, Petrograd oder Verdun ein facettenreiches Bild über Verlauf und Folgen des Krieges. Bei der Vorbereitung arbeitet das DHM mit vielen europäischen Partnern zusammen.

i Mehr Informationen unter www.dhm.de
Stichwort „Ausstellungen/
zukünftige Ausstellungen“



Gewinnen Sie eine Reise nach Berlin!



In dieser Ausgabe von Deutschland aktuell können Sie nicht nur viel Neues über die Politik der Bundesregierung erfahren, sondern auch eine Städtereise nach Berlin gewinnen. Wenn Sie das Magazin gründlich lesen, lassen sich die Antworten leicht finden.

1. **Wie viele Abgeordnete hat das Europäische Parlament?**
2. **Wann ist die Europawahl?**
3. **Wo findet 2014 der Europäische Tag der Meere statt?**

Wer uns die richtigen Antworten übermittelt, nimmt an der Verlosung teil. Zu gewinnen ist eine der drei Städtereisen nach Berlin vom 13. bis 15. Juni 2014: jeweils zwei Übernachtungen für zwei Personen aus Deutschland im Hotel, An- und Abreise per Bahn und Stadtrundfahrt.

Bitte den Coupon mit dem Lösungswort auf eine Postkarte kleben – Absender und Porto nicht vergessen – und senden an:

Publikationsversand
der Bundesregierung
Preisrätsel Deutschland aktuell
Postfach 481009
18132 Rostock

Sie können uns die Antworten auch online mit diesem Formular übermitteln:

www.bundesregierung.de/d-aktuell-raetzel

Einsendeschluss ist der 30. April 2014.

Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt. **Der Gewinn ist nicht übertragbar.**

- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundespresseamtes und der Bundesministerien können nicht teilnehmen.
- Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Bitte tragen Sie die Antworten ein:

1. _____
2. _____
3. _____

Absender:

Name, Vorname

Straße

Ort

Deutschland aktuell 2 | 2014

- Bitte schicken Sie mir die Broschüre „25 Jahre Freiheit und Einheit“
- Bitte nehmen Sie mich in Ihren Newsletter-Verteiler auf:

@

25 Jahre
Freiheit und Einheit



www.freiheit-und-einheit.de

Friedliche Revolution, Mauerfall, Deutschlands Wiedervereinigung: 25 Jahre liegen diese bewegenden Ereignisse bald zurück. 2014 und 2015 gibt es zahlreiche Ausstellungen und Veranstaltungen dazu. Auf der neuen Internetseite ist sowohl ein Terminkalender als auch eine umfassende Chronik der Ereignisse zu finden.



ERINNERN UND GEDENKEN

1914, vor 100 Jahren, begann der Erste Weltkrieg, die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“. Vor 75 Jahren folgte der Zweite Weltkrieg, verursacht durch das Nazi-Regime unter Adolf Hitler. Millionen von Menschen verloren in den beiden Kriegen ihr Leben. Und Millionen wurden in den Vernichtungslagern der Nazis Opfer von Hitlers Rassenwahn. Unter www.bundesregierung.de/gedenken finden Sie viele Informationen dazu, wie Deutschland der schrecklichen Ereignisse gedenkt.